Januar 2001 Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags auf gut 14.000 DM sowie Senkung des Eingangssteuersatzes auf 19,9 %.

Januar 2001 Dritte Novelle des Erziehungsgeldgesetzes/Umbenennung des Elternurlaubs in Elternzeit. Für Eltern, deren Kinder ab dem 1. Januar 2001 geboren werden, gilt: Flexible Elternzeit für Mütter und Väter und Recht auf Teilzeitarbeit Erstmals können Väter und Mütter bei unveränderter Dauer des Erziehungsurlaubs (der Begriff Erziehungsurlaub wird durch die treffendere Bezeichnung Elternzeit ersetzt) von drei Jahren gleichzeitig Elternzeit nehmen. Beide haben während der Elternzeit einen Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit in Betrieben mit über 15 Beschäftiaten. Die zulässiae wöchentliche Erwerbsarbeit während der Elternzeit ist sowohl für den Vater ternzeit ist sowohl für den Vater als auch für die Mutter von 19 Stunden auf jeweils 30 Stunden ausgedehnt. Das drille Jahr der Elternzeit kann mit Zustimmung des Arbeitgebers bis zum achten Lebensjahr des Kindes genommen werden.

Mehr Erziehungsgeld und mögliche Budgetierung

Die seit 1986 unveränderte Einkommensgrenze für das ungekürzte Erziehungsgeld ist um 9,5 Prozent angehoben worden: die Jahreseinkommensgrenze für Eltern mit einem Kind (ungefähr vergleichbar mit dem Netto-Arbeitsentgelt) ab dem 7. Lebensmonat von 29.400 DM auf 32.200 DM. Die betreffende Einkommensgrenze für Alleinerziehende mit einem Kind erhöht sich um 11,4 Prozent von 23.700 DM auf 26.400 DM.

# Wohin führt die Gesundheitspolitik?

Öffentliche Diskussionsveranstaltung am

Donnerstag, dem 4. Oktober um 20 Uhr

im Bonameser Haus Nidda

Eine Veranstaltung der SPD-Ortsvereine

Bonames, Frankfurter Berg, Harheim, Kalbach, Nieder-Erlenbach und Niedereschbach

# Uir in Nieder-Erlenbach



07/01

September

Eine Stadtteilzeitung für die Bürger Nieder-Erlenbochs

Liebe Erlenbacherinnen, liebe Erlenbacher,

der 11. September, der Tag der letzten Ortsbeiratssitzung, hat die Welt verändert. An diesem Tag hat blinder Hass unser aller Zusammenleben verändert. Noch nie hat Brutalität so viele unschuldige Menschenleben vernichtet, Leid über Familien gebracht, Kinder ihrer Eltern beraubt. Wir alle waren und sind noch fassungslos.

Dem amerikanischen Volk gebührt unsere uneingeschränkte Solidarität – ohne Wenn und Aber. Und nun doch ein Aber: einem guten Freund darf man auch einen Rat geben. Ob er ihn befolgt, ist seine Sache. Die amerikanische Regierung sollte einen Moment darüber nachdenken, warum sie das Ziel dieses brutalen Angriffes wurde. Es muss daran erinnert werden, dass ein Präsident Bill Clinton bis zu seinem letzten Amtstag versucht hat, zwischen Israel und den Palästinensern zu vermitteln. Die

Bush-Administration sah dem gegen-

seitigen Morden weitgehend tatenlos

Ein Signal war auch, dass einer der letzten Selbstmordattentäter in Israel – vor der Katastrophe – ein Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft war. Also jemand, der sich vor vielen Jahren mit dem Staat Israel arrangiert hat und die Verhältnisse akzeptiert hatte. Wenn der israelische Staat vergessen hat, wozu Unrecht führt, hätte es der US-Regierung gut angestanden, die Grenzen aufzuzeigen.

Hass führt zu Leid. Hass bringt kein Ergebnis Hass ist keine Antwort. Wir betrauern viele unschuldige Menschenleben. Wir sollten uns alle auch davor hüten, den Islam als aggressive Religion zu betrachten. Dies ist er nicht, die meisten Muslime sind ebenso friedfertig wie Christen. Nur der Fanatismus führt in die Irre. Davor sind auch Christen nicht gefeit. Wer die Bilder aus Nordirland sah mit verängstigten Kindern auf dem Schulweg, der konnte sehen, wozu auch bei Christen der Hass führt. Gewalt ist keine Frage der Religionszugehörigkeit, sondern immer eine Frage der Missdeutung, des Machtwillens oder des Hasses.

Hüten wir uns alle davor – suchen wir den Dialog. Was uns aber nicht hindern soll, die Hintermänner des brutalen Anschlags gnadenlos zu verfolgen und ihrer gerechten Strafe zuzuführen.

#### Aus dem Ortsbeirat

Es passte zu den schlechten Nachrichten des Tages: Um 20 Uhr am 11. September war der Ortsbeirgt noch nicht beschlussfähig. Erst als Barbara Ziegner kam, konnte es los gehen. Dabei la es gar nicht an den Tagesereignissen, sondern vier Ortsbeiratsmitglieder waren für den Abend entschuldigt. Die Stimmung war zwar gedrückt, aber so richtig begriffen hatte an diesem Abend noch niemand die Ereignisse, zumal die Information bei einigen noch bruchstückhaft war. Andere Menschuld and Wensche Mensche Mensch Me

So gab es in der Bürgerfragestunde nur die Frage nach dem Thema Tollwutbezirk. Seit einiger Zeit stehen diese Schilder - eine Aufhebung erfolgt erst, wenn durch Impfung und Überprüfung die Gefahr gebannt ist.

#### Anträae:

- Der aus der letzten Sitzung zurückgestellte Antrag der SPD-Fraktion zur Reparatur des Bürgersteiges in der Niedereschbacher Straße wurde zurückgezogen, da nach Auskunft des Ortsvorstehers die Reparatur im 4. Quartal des Jahres erfolgen soll.
- Hinweisschilder zur Kleingartenanlage sollen angebracht werden für Rettungsfahrzeuge (CDU).
- Ein Antraa zur Umaestaltuna der Straße Alt Erlenbach in Höhe der Ausfahrt der unteren Burggasse wurde mit dem Ergebnis von zwei CDU-Stimmen bei drei Enthaltungen (1 CDU, 2 SPD) auf den Weg gegeben. Eigentlich hat der Antrag keine parlamentarische Mehrheit gefunden.

Es wurden dann noch einige Magistratsvorlagen zur Kenntnis genommen, dann ging es recht früh wieder schnell nach Hause, um sich über die Ereignisse des Tages zu informieren verständlich.

Höhe von 1.080 DM, sowie ein Kindergeld von 30 DM. Die Vorgängerregierung hatte die Kindergeldleistungen für Eltern dieser Kinder ersatzlos gestrichen.

Berücksichtigung derjenigen Kinder, die ein freiwilliges soziales Jahr, ein freiwilliges ökologisches Jahr oder einen freiwilligen Dienst im Rahmen des Aktionsprogramms "Europäischer Freiwilligendienst für junge Menschen" leisten, beim Kinderfreibetrag, beim Betreuungsfreibetrag und beim Kindergeld.

#### März 2000 Gewaltschutz

Der Gesetzentwurf zur Verbesserung des zivilrechtlichen Schutzes vor häuslicher Gewalt sieht insbesondere eine Stärkung der Position von Frauen und Kindern als den typischen Opfern von Gewalt in Familien vor. Vor allem soll sichergestellt werden, dass sie ohne Angst vor dem Täter weiterhin in der Wohnung bleiben können.

Wesentliche Punkte des Entwurfs sind: Die Zivilgerichte werden künftig Schutzanordnungen, etwa Hausverbote für gewalttätige Männer, treffen, um zu verhindern, dass Opfer von Gewalttaten weitere Verletzungen durch ihre Peiniger erleiden. Wird eine Frau von ihrem Partner geschlagen, kann sie beim Gericht beantragen, dass ihr die gemeinsame Wohnung endgültig oder für eine gewisse Zeit alleine zugewiesen wird, der Mann also keinen Zutritt mehr zur Wohnung hat.

November 2000 Außerdem wurde das Recht auf gewaltfreie Erziehung im Bürgerlichen Gesetzbuch verankert.

Juli 2000 Änderung des Kinderunterhaltsrechts

Das Kindergeld soll dorthin fließen, wo das Kind betreut wird, solange dessen Existenzminimum nicht durch Unterhaltszahlungen gesichert ist. Bislang wurde das monatliche Kindergeld an beide getrennt lebende Elternteile zur Hälfte angerechnet, Unterhaltspflichtige wenn der mindestens den Regelunterhalt nach der Düsseldorfer Tabelle zahlt. Der Regelsatz beträgt für Kinder bis 5 Jahre z.Z. 355 DM.

Seit dem 1. Januar 2001 kann bei getrennt lebenden Eltern die unterhaltspflichtige Person das halbe Kindergeld nur noch dann von der Unterhaltsschuld abziehen und für eigene Zwecke verwenden, wenn ihr monatlicher Unterhaltsbetrag ohne die Verrechnung des Kindergeldes das Existenzminimum des Kindes deckt. Das Existenzminimum ist festgelegt auf 135% des Regelbetrages nach der Düsseldorfer Tabelle, d.h. für Kinder bis 5 Jahre z.Z. 480 DM. Lieat der monatlich geschuldete Unterhaltsbetrag unter dieser Grenze, wird das Kindergeld dem Unterhaltspflichtigen nicht in voller Hälfte bzw. gar nicht angerechnet.

#### Termine

- 23.09.: Kinderkleiderbasar und Kinder-Flohmarkt der TSG im Bürgerhaus.
- 28. 30.09.: Ausflug des Angelsportvereins.
- 23.10.: Nächste Sitzung des Ortsbeirats um 20 Uhr im Bürgerhaus.
- 02.11.: Ausflug der Ballonsieger zum Frankfurter Flughafen.
- 03.11.: Musical "Non(n)sens" um 20 Uhr im Bürgerhaus – siehe Ankündigungsartikel.
- 04.11.: "Wohin mit der Gesundheitspolitik?"; öffentliche Veranstaltung des AK Nord der SPD-Ortsvereine mit Staatssekretärin Gudrun Schaich-Walch um 20 Uhr im Haus Nidda

# Familienpolitik

Nieder Erlenbach ist ein Stadtteil für viele junge Familien. Die Regierung Schröder hat in ihrer noch relativ kurzen Amtszeit gerade für Familien viel unternommen – allerdings ist das wie so oft in der Politik: es wird kaum wahrgenommen. Deshalb veröffentlicht WIR in dieser und den folgenden Ausgaben eine knappe Chronologie der Fakten, die seit 1999 umgesetzt wurden.

#### Chronologie der Familienpolitik der Bundesregierung

Januar 1999 Anhebung des Kindergeldes für erste und zweite Kinder um 30 DM von 220 DM auf 250 DM. Ebenfalls zum 1. Januar wurde der steuerliche Grundfreibetrag von 12.365 DM (1998) auf 13.067 DM angehoben und der Eingangssteuersatz von 25,9% im Jahre 1998 auf 23,9% gesenkt.

Januar 2000 Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags von 13.067 DM auf 13.500 DM sowie Senkung des Eingangssteuersatzes von 23,9 % auf 21,9 %. Einführung eines Betreuungsfreibetrags von 3.024 DM für Kinder bis 16 Jahre. Damit erhöht sich zusammen mit dem bisherigen Kinderfreibetrag in Höhe von 6.912 DM für jedes Kind der steuerliche Freibetrag auf rd. 10.000 DM.

Zugleich Anhebung des Kindergeldes für erste und zweite Kinder erneut um 20 DM auf 270 DM.

Auch Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe profitieren von dem in Kindergeld umgerechneten Betreuungsbedarf. Bei einem Kind werden 20 DM, bei zwei und mehr Kindern 40 DM des Kindergeldes nicht als eigenes Einkommen angerechnet.

Einführung eines Betreuungsfreibetrages für volljährige behinderte Kinder, die stationär untergebracht sind und Eingliederungshilfe erhalten in

#### Es geht weiter.

Die letzte WIR-Ausgabe mit dem Kommentar "Die spinnen, die Römer" war kaum verteilt, als es endlich – ein halbes Jahr nach der Wahl – zu einer Einigung im Römer kam. Weg war das schwarz-grüne 88-Punkte-Programm, die neue Vereinbarung umfasst erheblich weniger Punkte, dafür aber auch weniger Luftschlösser, deren Finanzierung nicht gesichert war.

Geeinigt hat man sich auch über die Verteilung der Ressorts – obwohl hier die Oberbürgermeisterin das letzte Wort hat. Aber sie wird mit Sicherheit den gefundenen Kompromiss nicht auf's Spiel setzen- Interessant dabei ist die Verkleinerung des Magistrats. Zeichen dafür, dass der bisherige zu groß war? Sicher nicht, denn manches Ressort ist so groß, dass manches liegen bleibt und nicht voran kommt.

Die Alternative wäre eine Vergrößerung gewesen, gleich um zwei Positionen, damit der Proporz stimmte. Der FDP – sonst immer für Verkleinerung – war dies egal, Hauptsache, sie ist dabei. Die Grünen hätte es gefreut, denn es hätte einen Dezernatsposten mehr für sie bedeutet, Lutz Sikorski hätte sein Ziel erreicht.

Auch die SPD hätte ein Dezernat mehr erreicht, aber sie war nicht unbedingt scharf darauf – überhaupt rieben sich manche verwundert die Augen, dass die SPD nicht um jeden preis mitmischen wollte.

Die CDU letztlich hätte bei einem vergrößerten Magistrat ihre Dezernenten behalten können. Bei der Verkleinerung des Magistrats aber nicht. Warum? Ganz einfach: Gemessen am Wahlergebnis erhalten bei einem verkleinerten Magistrat die CDU vier Dezernenten, die SPD drei und die Grünen einen. Damit nun die FDP nicht leer ausgeht, muss die CDU ein Dezernat abgeben, wenn sie denn die FDP unbedingt dabei haben will (so wäre es theoretisch auch denkbar, dass die SPD ein Dezernat an die FAG hätte abgeben können, die ja ebenso viele Mandate haben wie die

Die CDU hat den bei ihr ungeliebten Kämmerer Albrecht Glaser "in die Wüste" geschickt. Seine Besserwisserei ging trotz seiner objektiv vorhandenen Fähigkeiten zu vielen auf den Geist. Die SPD wird ihren Fraktionsund Parteivorsitzenden Franz Frey als Kandidat benennen. Er ist für sachliche Arbeit und einen klugen und kühlen Kopf bekannt – aber auch für seinen Humor.

Es scheint so, dass ein Tunnallenbau

Vier Parteien zu einen ist ein schwieriger Prozess. Viele Gespräche werden geführt werden müssen. Und wie lange das Ganze funktionieren wird, weiß keiner vorherzusagen. Aber zunächst geht es weiter. Und in Frankfurt brummt ja zum Glück die Wirtschaft besonders gut. Deshalb muss die Politik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Frankfurt weiter entwickeln.

#### Hoffnung auf Anbindung?

Der Ortsbeirat hatte eine Verengung der Fahrbahn vor dem Reinhardshof gefordert. In einer Antwort des Magistrats heißt es nun, dass man gerade die Bedingungen für eine direkte Anbindung des Gewerbegebietes prüfe, erst danach solle es eine Fahrbahnumgestaltung geben. Ein Hoffnungsschimmer für eine alte Forderung.

#### Neue Turnhalle?

Es scheint so, dass ein Turnhallenbau in Nieder Erlenbach doch möglich ist, nachdem der Landesdenkmalpfleger von einem Denkmalschutz für die alte Nieder Erlenbacher Grundschule absehen will.

Aus diesem Grunde hatten der Leiter der Anna-Schmidt-Schule, Herr Michael Gehrig, und der SPD-Stadtverordnete Gert Waaner für den 20. September einen Termin vereinbart, zu dem auch die schulpolitischen Sprecher von CDU und SPD sowie Vertreter der Ortsbeiratsfraktionen und des Turnvereins eingeladen wurden. Eine erste Sondierung des Bedarfs und der Beteiligung sollte erfolgen, denn demnächst stehen wieder Haushaltsberatungen an. Und da die Halle ein paar Millionen kosten wird, erhebt sich die Frage der Finanzierung.

# Gesundheitspolitik: Fass ohne Boden?

Die Kosten für unsere Gesundheit scheinen ins unermessliche zu steigen. Viele Gesundheitsminister/innen haben sich schon an diesem Thema versucht, eine Lösung scheint nicht in Sicht.

Jeder, der sein Auto zur Reparatur schickt, überprüft später die Rechnung. Dies kann auch der Privatpatient, nicht jedoch der gesetzlich Krankenversicherte. Arzneimittel mit gleichen Wirkstoffen haben unterschiedliche Preise. Und vieles mehr liegt im Argen.

Ein wichtiges Thema, das die SPD-Ortsvereine im Frankfurter Norden angehen wollen. Zu einer gemeinsamen Veranstaltung haben sie die Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium Gudrun Schaich-Walch zu einem Diskussionsabend ins Haus Nidda eingeladen.

Ab 20 Uhr können Sie sich dort über Lösungsansätze informieren, aber auch Ihre Kritik und Ihre Lösungsvorschläge loswerden. Nutzen Sie die Gelegenheit für Informationen aus erster Hand.

# Kerb abgesagt

Richtig reagiert hat der KVN "Die Bodentrampler" als Ausrichter unserer Kerb: Am Wochenende nach dem schweren Attentat kann man keine Kerb feiern. Der Verein hat die Kerb abgesagt.

So erreicht der wirtschaftliche Schaden, den die Terroristen neben dem menschlichen Leid angerichtet haben, selbst unseren kleinen Stadtteil, denn ein Schaden ist entstanden – für die Schausteller, für den Verein, für die Stadt.

### Endlich: Termin steht!

Die Siegerinnen und Sieger des Ballonwett-fliegens vom 1. Mai des letzten Jahres warten immer noch auf einen Termin für ihren Ausflug, da der erste Termin geplatzt war. Nun werden sie gemeinsam mit den Siegern diesen Jahres am Freitag, dem 2. November, um 14:30 Uhr am Frankfurter Flughafen erwartet, um eine schöne Besichtigungsfahrt direkt auf dem Flughafengelände zu unternehmen. Der Freitag Nachmittag wurde gewählt, damit auch schulpflichtige Kinder daran teilnehmen können.

Alle Siegerinnen und Sieger werden noch in einem gesonderten Anschreiben benachrichtigt.

### "Non(n)sens" im Bürgerhaus

Am Samstag, den 3. November wird's lustig im Bürgerhaus: Mit Charme, Charisma und tollen Stimmen versuchen fünf junge Nonnen, mit Hilfe einer Musical-Show das Geld für die Beerdigung ihrer vergifteten Schwestern zu erspielen. Das Erfolgsstück "Non(n)sens" des amerikanischen Kirchenmusikers Dan Goggin kommt jetzt nach Nieder-Erlenbach - Für die Komödie, die liebevoll-ironisch die 'Institution Kirche' aufs Korn nimmt, heißt es um 20.00 Uhr "Vorhang auf".

Doch keine Angst: Gar zu politisch wird es nicht. Lassen Sie sich zum Hinterfragen anregen - oder genießen Sie einfach die spritzige Musik. Von heiklen Gedankenspielen über heitere Pannen bis hin zu romantischer Nachdenklichkeit ist wohl für jeden Geschmack etwas dabei.

Für die jungen Künstler ist die Erlenbacher Vorstellung ein Heimspiel – schließlich kommen sowohl zwei der Sängerinnen (Saskia Ritter und Anna-Nadine Libbach) als auch der Regisseur Björn Fischer von her; und nicht nur deshalb hoffen sie natürlich auf eine breite Resonanz!

Karten gibt es ab 10. Oktober bei 'Frau Gierke'.